

Übersicht

über die vom Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft des Rhein-Sieg-Kreises in seiner 5. Sitzung am 25.08.2015 gefassten Beschlüsse:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	Öffentlicher Teil		
	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten		
1.	Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 19.05.2015		anerkannt
2.	Bürgerantrag nach § 21 KrO; hier: Aufstellung des Landschaftsplanes Nr. 5 - Wachtberg	18/15	einstimmig Seite 6
3.	Bürgerantrag gemäß § 21 Kreisordnung NRW; hier: Anwendung des § 5b Abs. 3 der Abfallsatzung des Rhein-Sieg-Kreises auf Hausverwaltungen	19/15	einstimmig Seite 7
4.	Abfallwirtschaft		
4.1.	Erfahrungsbericht der RSAG AöR	Kenntnisnahme	
4.2.	Eckpunkte für ein neues Wertstoffgesetz des Bundes	Kenntnisnahme	
4.3.	Abfallgebühren 2016	Kenntnisnahme	
5.	Klimapartnerschaft mit Santarèm, Brasilien	Kenntnisnahme	
6.	Masterplan Energiewende - Ergebnisse der Ist-Analyse	Kenntnisnahme	
7.	Naturschutzförderprojekt chance7 - Beginn der Maßnahmenphase	Kenntnisnahme	
8.	Entgeltentwicklung des CVUA Rheinland	Kenntnisnahme	
9.	Mitteilungen und Anfragen		
9.1.	Bekämpfung der Herkulesstaude		
9.2.	Gewässerentwicklung an der Sieg		

9.3.	Sonstiges		
9.3.1.	Windenergieplanung der Verbandsgemeinde Unkel		
9.3.2.	Reiterhof in Bornheim - Sicherstellung eines Gebietes als Naturschutzgebiet in Bornheim		
	Nichtöffentlicher Teil		
10.	Mitteilungen und Anfragen		

Niederschrift

über die in der 5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft des Rhein-Sieg-Kreises am 25.08.2015 gefassten Beschlüsse:

Sitzungsbeginn: 16:03 Uhr
Sitzungsende: 19.10 Uhr
Ort der Sitzung: A 1.16
Datum der Einladung: 11.08.2015
Einladungsnachtrag vom: 19.08.2015

Anwesende Mitglieder:

Kreistagsabgeordnete CDU

Frau Brigitte Donie

Herr Dr. Josef Griese **Vorsitzender**

Frau Hildegard Helmes

Herr Hans-Peter Höhner

Herr Oliver Roth

Herr Martin Schenkelberg

Herr Matthias Schmitz

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht

Herr Folke große Deters

Frau Susanne Sicher

Frau Ursula Studthoff

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Edith Geske

Herr Burkhard Hoffmeister

Frau Irmhild Schaffrin

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann

Kreistagsabgeordnete FUW/Piraten

Frau Anja Moersch

Kreistagsabgeordneter NPD

Frau Ariane Christine Meise

Sachkundige/r Bürger/innen CDU

Herr Markus Bläser Vertretung für Herrn Oliver Baron

Frau Elisabeth Keuenhof

bis 18:35 Uhr

Herr Ludwig Rahmel

Frau Eva Vendel

Herr Hanns Christian Wagner

bis 17:00 Uhr

5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 25.08.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Öffentlicher Teil

	Allgemeines und Geschäftsordnungsangelegenheiten	
--	--	--

Vorsitzender Abg. Dr. Griese eröffnete die 5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft und begrüßte die Anwesenden. Er nahm Bezug auf die Einladung vom 11.08.2015 und den Nachtrag vom 19.08.2015 und stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese teilte mit, dass die Tagesordnung um einen Punkt zu erweitern sei. Der zugesandte Nachtrag werde unter TOP 9 als TOP 9.3.1 behandelt. Er füge noch den TOP 9.3.2 an, der den Titel „Sicherstellung eines Naturschutzgebietes in Bornheim“ habe. Er fragte ab, ob es weitere Ergänzungen zur Tagesordnung gebe. Einwände gegen die geänderte Tagesordnung gab es nicht.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese wies nochmals darauf hin, dass bei Eingaben zur Tagesordnung die Vorlaufzeiten zu berücksichtigen seien. Deshalb werde der gemeinsame Antrag der Gruppen Die Linken und FUW/ Piraten im Kreistag zur Katzenschutzverordnung mit deren Einverständnis in der nächsten Ausschusssitzung behandelt.

1	Niederschrift über die 4. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 19.05.2015	
---	--	--

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Abg. Dr. Griese, ob Einwendungen gegen die Niederschrift der letzten Sitzung bestünden, gab es keine Wortmeldungen. Die Niederschrift gilt somit als anerkannt.

2	Bürgerantrag nach § 21 KrO; hier: Aufstellung des Landschaftsplanes Nr. 5 - Wachtberg	
---	---	--

Vorsitzender Abg. Dr. Griese wies darauf hin, dass der Bürgerantrag vom Kreisausschuss in den Fachausschuss zur Beratung und Beschlussnahme verwiesen worden sei. Eine anschließende Stellungnahme an den Kreisausschuss werde erwartet. Er bat um Wortmeldungen.

Abg. Anschütz bekräftigte die Notwendigkeit des Folienanbaues, da dieser für die landwirtschaftlichen Betriebe ein wichtiger finanzieller Aspekt geworden sei. Durch Kauf von regionalen Produkten könnten Betriebe unterstützt werden. Der geplante Runden Tisch sei sinnvoll, um zwischen Landwirtschaft und Landschaftsschutz zu vermitteln.

Abg. Albrecht begrüßte ebenfalls den Runden Tisch. Er zeigte sich verwundert, dass die Folientunnel im Winterhalbjahr nicht abgebaut würden. Weiter gab er an, dass die Stellungnahme der Verwaltung hinsichtlich der Bearbeitung des Landschaftsplanes 5 „Wachtberg“ zu Fragen geführt habe. Personelle und finanzielle Probleme dürften nicht dazu führen, dass sich der Rhein-Sieg-Kreis aus der Aufstellung von Landschaftsplänen verabschiede.

Abg. Wagner stimmte seinen beiden Vorrednern zu. Die CDU-Fraktion sehe die Aufsetzung und Überarbeitung eines Landschaftsplanes als wichtiges Instrument an, um steuernd einzugreifen. Eine Nichtbearbeitung führe zu Problemen.

5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 25.08.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

SkB Smielick erklärte, dass das Instrument der Aufstellung und Änderung eines Landschaftsplanes nicht einseitig - z. B. nur für den Landschaftsschutz - genutzt werden dürfe. Hierbei seien alle Gesichtspunkte gleichwertig zu betrachten. Aber auch die FDP-Fraktion sei über die Formulierung des letzten Absatzes der Verwaltungsvorlage irritiert gewesen. Er bat um eine Stellungnahme von Seiten der Verwaltung zum neu geplanten Naturschutzgesetz in der nächsten Umweltausschusssitzung.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Abg. Dr. Griese gab Dezernent Schwarz zur Sachlage der laufenden Novellierung des Landesnaturschutzgesetzes die Auskunft, dass der erste Entwurf der Landesregierung dem Landtag vorgelegt worden sei. Im Rahmen der Beteiligung im Landkreistag werde eine Stellungnahme abgegeben. Dieser Entwurf könne in der nächsten oder übernächsten Sitzung näher dargestellt werden. Die Verwaltung stehe ihm skeptisch gegenüber.

Hinsichtlich der Landschaftsplanung wies er darauf hin, dass derzeit der Landschaftsplan Niederkassel insgesamt und eine kleinere Änderung im Landschaftsplan Sankt Augustin in Bearbeitung seien. Darüber hinaus sei es derzeit personell nicht möglich, die Bearbeitung eines weiteren Landschaftsplanes zu beginnen. Der Landschaftsplan Siegmündung sei zurückgestellt worden, da der Umfang der Bearbeitung noch nicht geklärt sei.

Abg. Mörsch merkte an, dass die Folientunnel von einem auswärtigen Großunternehmer genutzt würden und nicht nur von ortsansässigen Landwirten. Sie erkundigte sich nach der Bewässerung innerhalb der Tunnel und dem Ablauf des dort anfallenden Bewässerungswassers.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese wies darauf hin, dass in den Folientunneln eine Tröpfchen-Bewässerung vorgenommen werde. Auch sei durch hohen Schädlingsdruck zu vermuten, dass demnächst noch mehr unter Folie angebaut würde, so z. B. Steinobst.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, wurde die Abstimmung der Beschlussvorlage durch den Vorsitzenden Abg. Dr. Griese vorgenommen.

B.-Nr.
18/15

Beschlussvorschlag:

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft beauftragt die Verwaltung, sich an dem von der Gemeinde Wachtberg beabsichtigten „Runden Tisch“ zum Thema „Folientunnel in der Landwirtschaft“ aktiv zu beteiligen und dem Ausschuss sodann über die erzielten Ergebnisse zu berichten. Die weitere Beratung wird bis dahin vertagt.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

3	Bürgerantrag gemäß § 21 Kreisordnung NRW; hier: Anwendung des § 5b Abs. 3 der Abfallsatzung des Rhein-Sieg-Kreises auf Hausverwaltungen	
---	---	--

Vorsitzender Abg. Dr. Griese wies darauf hin, dass der vorliegende Beschlussvorschlag vorsieht, dem Kreisausschuss eine ablehnende Bescheidung

5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 25.08.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

des Bürgerantrags zu empfehlen. Er bat um Wortmeldungen.

Da keine Wortmeldung erfolgte, bat Vorsitzender Abg. Dr. Griese um Abstimmung zum vorliegenden Beschlussvorschlag.

B.-Nr.
19/15

Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft nimmt die Eingabe zur Kenntnis und empfiehlt dem Kreisausschuss den Bürgerantrag abzulehnen.

Abst.-
Erg.:

Einstimmig.

4	Abfallwirtschaft	
---	------------------	--

4.1	Erfahrungsbericht der RSAG AöR	
-----	--------------------------------	--

Abg. Sicher erkundigte sich, inwiefern und auf welcher Rechtsgrundlage Hilfsdienste wie die Malteser in die Altkleidersammlung der RSAG eingebunden würden. Darüber hinaus fragte er nach Erkennungssystemen für Fehlbefüllungen der Biotonnen und deren Effektivität in der Praxis.

Abg. Schenkelberg stellte Nachfragen zur Altkleidersammlung und der Einbindung von Hilfsdiensten wie den Maltesern u. ä. in der Sammlung durch die RSAG. Er erkundigte sich, welche Rechtsgrundlagen vorhanden seien, um hier eine Zusammenarbeit zu ermöglichen. Weiter erkundigte er sich nach Erkennungssystemen für Fehlbefüllungen bei Biotonnen. Es würden verschiedene Systeme auf dem Markt angeboten. Welche Einschätzung hinsichtlich der Durchführbarkeit in der Praxis dazu werde von Seiten der RSAG vorgenommen.

Frau Decking nahm wie folgt Stellung:

- Derzeit würden in Sankt-Augustin und Bad Honnef Unterflursysteme für die Restmüll-, Wertstoff- und Papiersammlung eingesetzt. Bei der Sammlung von Bioabfällen sei die RSAG derzeit noch sehr zurückhaltend. Zwei weitere Standorte seien in Planung.
- Die Einschränkung, dass in BPlänen Unterflursysteme nicht aufgenommen würden mit der Begründung, dass nicht verbraucherscharf abgerechnet werden könne, sei ihr nicht erklärbar. Die RSAG habe eine taugliche Vertragsform für die Unterflursammlungen gefunden. Bei Problemen könne direkt bei der RSAG nachgefragt werden.
- Vor Beginn der Altkleidersammlungen seien alle gemeinnützigen Organisationen von Seiten der RSAG angesprochen worden. Mit der AWO funktioniere die Zusammenarbeit gut. Die Malteser seien nicht selber operativ tätig, sondern hätten Private beauftragt. Die Kooperation mit dem DRK hänge von der jeweiligen Ortsgruppe ab. Insofern seien Einzelabsprachen notwendig.
- Es gebe derzeit nur ein technisches System, welches Fehleinwürfe in Biotonnen erkenne. Dieses werde in Euskirchen schon eingesetzt. Hierbei handele es sich um einen Metalldetektor am Müllsammelfahrzeug. Die Erkennung könne in verschiedenen Empfindlichkeitsstufen eingestellt werden. Sei der Detektor sehr empfindlich eingestellt, gebe es Probleme mit den Radachsen der Tonnen. Bisher sei von der RSAG eine Überprüfung der

5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 25.08.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Tonnen durch Personal vorgenommen worden. Dabei sei eine direkte Rückmeldung von nicht entleerten Tonnen an die Servicestelle erfolgt. Diese Rückmeldung erfolge bei der Detektorerfassung am Müllwagen nicht. Bei Einführung des Detektorsystems müsse die Politik dahinterstehen, da diese zuerst angesprochen werde, wenn die Mülltonnen nicht nachgefahren (nachentleert) würden. Dies sei auch nicht unbedingt als bürgerfreundlich anzusehen. Allerdings sei der Bioabfall in Euskirchen seit Einführung des Systems ausgesprochen sauber geworden.

Auf die Nachfrage der Abg. Helmes erklärte Frau Decking, dass Bioabfälle mit dem Buchsbaumzünsler in der Biotonne entsorgt werden könnten.

SkB Schön erkundigte sich, ob in der Wertstofftonne eine Quote von 32 % am Gesamtgewicht an Fehleinwürfen zu finden sei und ob die Erfassung von Fehlwürfen über das Volumen statt über das Gewicht zu einer Veränderung des prozentual erfassten Anteiles führen würde. Frau Decking gab an, dass die Erfassung über das Volumen statt über das Gewicht zu einer Erhöhung der Fehleinwurfquote führe. Da es nun eine undurchsichtige Tonne gebe und die Abfuhr der Wertstofftonne derzeit noch nichts koste, sei der Anteil der Fehleinwürfe gegenüber der Sammlung mit dem durchsichtigen gelben Sack gestiegen.

Weiter erläuterte Frau Decking auf Nachfrage von SkB Schön, dass die Sammlung von defekten Lithiumbatterien problematisch sei. Komme eine defekte Lithiumbatterie in Kontakt mit Wasser, könne sie sich stark erhitzen und eventuell anfangen zu brennen. Aufgrund der Gefahrgutregelungen seien sie separat einzusammeln und zu entsorgen. Die größte Problematik trete derzeit in den Aufbereitungsanlagen auf. Hier seien durch Lithiumbatterien verstärkt Brände entstanden.

SkB Schön erkundigte sich nach dem Anteil von Plastik und Glas in der Biotonne. Gebe es Daten zum Gewicht der Fehleinwürfe? Würde sich der prozentual erfasste Anteil ändern, wenn statt über Gewicht über Volumen bewertet würde? Frau Decking verdeutlichte, dass ein Anfall von 11 kg/Person/Jahr Restmüll in der Biotonne gegeben sei. Sie stellte dar, dass die Bewertung der Sauberkeit des Biomülles mittlerweile über einen Flächenindex erfolge. Im Verfahren dieser Bewertung würde auf einer festgelegten Fläche der Anteil der mit Fehlstoffen bedeckten Fläche berechnet. Dieses Verfahren führe zu einer schlechteren Bewertung von abgeliefertem Biomüll gegenüber der bisher praktizierten Bewertung über das spezifische Gewicht des Fehlstoffes. Da es erhebliche Probleme mit der Düngeverordnung gebe, werde deutschlandweit die Reinheit des Biomülles verschärft kontrolliert.

Abg. Albrecht bat um eine Auflistung der Sammelstellen der Elektrogerätesammelcontainer. Frau Decking wies auf eine Auflistung auf der Internetseite der RSAG hin.

Abg. Albrecht erkundigte sich bei der Verwaltung über die Anzahl von ordnungsrechtlichen Verfahren im Rhein-Sieg-Kreis im Bereich der Abfallentsorgung. Frau Charlet erläuterte, dass die Verwaltung sehr bürgerfreundlich arbeite. Es gebe zuerst ein Anschreiben an die Verursacher. Wer darüber hinaus auffalle, dem drohen Bußgelder. Hierbei seien maximal 10 Verfahren im Jahr anhängig.

Abg. Hoffmeister fragte an, wie eine Motivation stattfinden könne, um Kontrollen und

5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 25.08.2015

TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
-----	---------------------	-----------------------

Bestrafungen möglichst zu vermeiden. Weiterhin interessiere ihn der Anteil der Eigenkompostierungen im Biomüllsektor.

Frau Decking erklärte, dass es erstes Ziel sei, einen möglichst sauberen Biomüll zu erreichen. Dies werde vor allem über Beratungen von Seiten der RSAG versucht. Durch Informationen in Kindergärten, Schulen, auf Straßenfesten u. ä. erfolge eine Sensibilisierung der Bürger zum Thema Fehlwürfe. Leider sei der Anteil der Fehlwürfe so angestiegen, dass Kontrollen notwendig seien.

Der Anteil der Eigenkompostierung von Biomüll liege derzeit bei 20%. Es werde seit Einführung der Biotonne eine lineare Abnahme des Eigenkompostierungsanteiles beobachtet.

Abg. Geske unterstützte diese Aussage mit dem Hinweis, dass durch den demografischen Wandel die Eigenkompostierung nachlasse. Auch sei zu berücksichtigen, dass die Hausgrundstücke kleiner würden und der Eigenkompost nicht mehr verwendet werden könne.

4.2 Eckpunkte für ein neues Wertstoffgesetz des Bundes

Dezernent Schwarz beschrieb, dass die derzeitige Vorlage der Eckpunkte zum Wertstoffgesetz dem Rhein-Sieg-Kreis Sorge bereite, da jegliche Wertstoffsammlung an die Dualen Systeme übergehen solle. Durch das angedachte Wertstoffgesetz würden kommunale Entsorger in Schwierigkeiten gebracht. Er bat um politische Unterstützung hinsichtlich einer stärkeren Berücksichtigung der kommunalen Aspekte innerhalb des Wertstoffgesetzes.

Abg. Kuhlmann bat um Auskunft, ob Zahlen über verlorene Wertstoffmengen vorlägen, falls das Gesetz so wie geplant verabschiedet würde und welche Auswirkungen dies auf die Abfallgebühr habe.

Frau Decking erklärte, keine Zahlen vorliegen zu haben. Da die Wertstofftonne sich derzeit noch nicht selber trage, seien die Unkosten dann von den Dualen Systemen zu tragen. Allerdings würde es finanzielle Einbußen für die RSAG durch den Wegfall des Gewinnes durch die Metallsammlung geben. Die Sammlung solle weiter durch die RSAG erfolgen, die Wertstoffe seien dann aber an die Dualen Systeme abzugeben. Hinsichtlich der entstehenden Kosten und der fehlenden Einnahmen würden Gespräche zwischen RSAG und den Dualen Systemen notwendig. Es sei auch für die Bürger schwer zu unterscheiden, welche Müllentsorgung von Seiten der RSAG durchgeführt und was über die Dualen Systeme abgewickelt werde. Dies werde vom Bürger vermischelt und bei Problemen zunächst ausschließlich der RSAG zugeschrieben. Dies könne insgesamt zu einer erhöhten Kundenunzufriedenheit führen. Dabei stütze sie sich auf Erfahrungswerte, die bei der Verpackungssammlung durch die Dualen Systeme mithilfe des Gelben Sackes erhoben worden seien und die Kundenzufriedenheit nach Umstellung auf die Wertstofftonne von Seiten der RSAG.

Auf die Nachfrage des Abg. Albrecht führte Frau Decking aus, dass sich die Dualen Systeme auf Landesebene derzeit schon in einer zentralen Stelle zusammen fänden. Dies würde von Seiten der RSAG kritisch gesehen, da dort weitreichende Befugnisse angesiedelt werden sollen und die Besetzung hauptsächlich über die Wirtschaft erfolgen solle. Die Kommunalen Träger sollen lediglich eine Stimme erhalten. Sie sehe die Notwendigkeit zur Einrichtung einer unabhängigen Behörde ohne Beteiligung der Wirtschaft.

5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 25.08.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese schloss den Punkt mit der Bitte, die Anregungen des Ausschusses zur Kenntnis zu nehmen und in den politischen Gremien aktiv zu werden.

4.3	Abfallgebühren 2016	
-----	---------------------	--

Dezernent Schwarz stellte klar, dass es in der Vorlage zu dem TOP eine unzulässige Vermischung von zwei inhaltlich zu differenzierenden Punkten gegeben habe. Dies betreffe die Ausführungen zum Sonderposten zur Stabilisierung der Abfallgebühren. Zum einen gehe es in der Vorlage um eine Prognose der Abfallgebühren für 2016, die richtigerweise im Umweltausschuss zu beschließen seien. Nach heutigem Stand sei es möglich, die Abfallgebühren auch 2016 insgesamt stabil zu halten, auch wenn der Sonderposten nicht mehr in die Berechnung einfließe.

Zum anderen gehe es um die Verwendung des Sonderpostens, der in diesem Fall dann auch anderweitig genutzt werden könne. Die Frage der weiteren Verwendung sei aber nicht Gegenstand der Beratung im Umweltausschuss und erst recht nicht Entscheidung des Umweltdezernenten, sondern bleibe dem Kreistag vorbehalten. Dezernent Schwarz bat, den Fehler in der Vorlage zu entschuldigen.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese schloss den TOP mit dem Hinweis, dass der Beschluss des Kreistages zur Gebührenkonstanz vom 11.12.2009 sei. Dies sei in der Vorlage fälschlicherweise auf den 13.11.2009 angegeben worden.

5	Klimapartnerschaft mit Santarém, Brasilien	
---	--	--

KBD Kötterheinrich stellte den Sachstand zur Klimapartnerschaft Santarém vor. Die erfreuliche Entwicklung vor Ort werde leider durch die ab Oktober nicht mehr bereitstehenden Fördergelder geschmälert. Der aktuell gestellte Antrag auf weitere Fördergelder (2015/2016) sei aufgrund hoher Eingänge weiterer Fördergeldanträge abgelehnt worden. Es sei beabsichtigt, sich von Seiten der Kreisverwaltung für das Jahr 2016/2017 um weitere Fördergelder zu bemühen.

(Hinweis der Schriftführerin: Die Präsentation kann als Bestandteil der digitalen Niederschrift im Internet unter www.rhein-sieg-kreis.de → Kreistag → Kreistagsinfosystem eingesehen werden.)

KBD Kötterheinrich beantwortete die Nachfrage des Abg. Schenkelberg zu entstehenden Sach- und Personalkosten, die durch dieses Projekt dem Rhein-Sieg-Kreis entstünden. Außer ihm als Amtsleiter und einer weiteren Mitarbeiterin seien keine Personen damit befasst gewesen. Dabei sei auch vieles auf Privatinitiative geschehen und nicht offiziell als Dienstzeit. Ein ggf. weiterer Personaleinsatz für das Projekt werde selbstverständlich transparent kommuniziert.

Dezernent Schwarz stellte weiter klar, dass alle Sachkosten bisher ausschließlich über den Bund finanziert würden. Neben Herrn Kötterheinrich aus dem Umweltamt habe Herr van Keeken von der RSAG das Santarém-Projekt unterstützt. Dies sei mit der RSAG abgestimmt gewesen. Dieses Gesamtpaket sei dann von Seiten des Rhein-Sieg-Kreises hinsichtlich des Zeit- und Kostenaufwandes insgesamt als akzeptabel angesehen worden.

5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 25.08.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Abg. Dr. Griese bekräftigte Dezernent Schwarz, dass der Bürgermeister von Seiten des Landrates schriftlich informiert worden sei, dass das Projekt derzeit nicht weiter mit Fördergeld unterstützt werden könne, aber der Kontakt weiter aufrechterhalten werden solle.

6	Masterplan Energiewende - Ergebnisse der Ist-Analyse	
---	--	--

Herr Wallraven vom Ingenieurbüro Stadt-Land-Fluss (Büro für Städtebau und Umweltplanung aus Bonn) stellte die Präsentation vor. Er erläuterte, weshalb 2007 als Referenz-Jahr gewählt worden sei. Bei den Daten 1991 – 2006 seien die regionalen Daten nicht eingeflossen, sondern man habe nur bundesweite Durchschnittsdaten verwenden können. Ab 2007 habe man dann regionale Werte für die Berechnung der Endbilanzwerte berücksichtigen können. Er empfehle ferner die Fristsetzung zur Reduzierung der CO₂-Emissionen von 2020 auf 2030 zu setzen, da sonst innerhalb von gut 4 Jahren die Werte um 20 % gesenkt werden müssten. Dies sei unrealistisch und nicht umsetzbar.

Die Potentialanalyse und die Gespräche mit den Akteuren hätten gezeigt, dass es eine hohe Bereitschaft zur Mitarbeit gebe, die mit einer hohen Erwartungshaltung an den Kreis bezüglich Steuerung und Koordinierung verknüpft sei. Gleichzeitig habe sich ergeben, dass bei Fortsetzung der bisherigen Trends die gesetzten Ziele nicht erreicht werden könnten. Dazu seien erheblich größere Aktivitäten erforderlich.

(Hinweis der Schriftführerin: Die Präsentation kann als Bestandteil der digitalen Niederschrift im Internet unter www.rhein-sieg-kreis.de → Kreistag → Kreistagsinfosystem eingesehen werden.)

Im Anschluss an die erfolgte Diskussion fasste Dezernent Schwarz zusammen, dass es sich bei der Erreichung der Ziele um eine Herkulesaufgabe handele. Aus der Potentialanalyse gehe deutlich hervor, dass die Zielwerte mit den bisher erbrachten Maßnahmen nicht zu erreichen seien. Er schlage aufgrund des komplexen Themas vor, einen separaten Beratungskreis aus den Ausschussmitgliedern zu bilden, um unabhängig vom Umweltausschuss zu beraten.

KBD Kötterheinrich erklärte, dass die zweite Stufe des Masterplans jetzt anstehe. Darin werde der Punkt – was ist zu tun – noch ausführlich zu klären sein, so u. a. inwieweit der Rhein-Sieg-Kreis eine Lenkungsrolle übernehme und welche Art von Zusammenarbeit mit den Kommunen durchgeführt werden könnte. Hierzu sei der vorgeschlagene Arbeitskreis aus dem Umweltausschuss eine gute erste Maßnahme.

Vorsitzender Abg. Dr. Griese nahm aus der Diskussion die Anregung auf, ab sofort das Thema Energiewende regelmäßig in die Tagesordnung aufzunehmen, um einen Sachstandsbericht zu erhalten.

7	Naturschutzförderprojekt chance7 - Beginn der Maßnahmenphase	
---	--	--

Herr Persch vom Naturschutzförderprojekt - chance7 - erläuterte in seiner Präsentation den derzeitigen Sachstand der aktuell laufenden Projekte im Rhein-Sieg-Kreis.

5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 25.08.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

(Hinweis der Schriftführerin: Die Präsentation kann als Bestandteil der digitalen Niederschrift im Internet unter www.rhein-sieg-kreis.de → Kreistag → Kreistagsinfosystem eingesehen werden.)

Zu den auftretenden Fragen aus der anschließenden Diskussion erklärte Herr Persch, dass derzeit keine Probleme von Seiten der Bevölkerung im Siebengebirge vorlägen hinsichtlich der Herausnahme von Fichtenflächen aus der Bewirtschaftung. Diese Flächen würden in Laubholzflächen umgestaltet. Weiterhin würden im Zuge dieser Maßnahme zusätzliche Flächen aufgeforstet. Im Bereich Bad Honnef gebe es derzeit nur eine konkret geplante Fläche, auf der ebenfalls Nadelwald in Laubwald umgestaltet werde. Weitere Flächen betrachte gerade ein separat beauftragter externer Gutachter. Dieser werde Flächen vorschlagen und monetäre Ausgleichs errechnen. Welche Ausgleichszahlungen für wie lange und in welcher Höhe vorgenommen würden, könne er derzeit noch nicht sagen.

8	Entgeltentwicklung des CVUA Rheinland	
---	---------------------------------------	--

Ltd. KVet.D Dr. von den Driesch ergänzte seine Vorlage zum Tagesordnungspunkt durch eine Präsentation. In den Erläuterungen wies er auf die derzeitige Situation hin. Bei ca. 3.200 Proben, die jährlich im Bereich der Lebensmittelüberwachung getätigt würden, sei die effektive Bearbeitung durch die Verteilung auf 3 Laborstandorte nicht immer gegeben. Durch die anstehende Zusammenführung der Labore sei die Optimierung der Personalsituation, der Laborausstattungen u. a. möglich. Nicht möglich sei es derzeit, alle Labore auf den aktuellsten Analysestand hinsichtlich der Instrumente zu halten. Deshalb könne momentan nicht jedes Labor jede Untersuchung durchführen. Der Austausch von Proben stelle sich aufgrund der verschiedenen Laborstandorte (Bonn, Leverkusen, Aachen und Köln) als sehr zeitaufwändig und kostenintensiv dar.

(Hinweis der Schriftführerin: Die Präsentation kann im Internet unter www.rhein-sieg-kreis.de → Kreistag → Kreistagsinfosystem eingesehen werden.)

Auf Nachfragen aus der anschließenden Diskussion erklärte Ltd. KVet.D Dr. von den Driesch, dass die eigenen leerstehenden Gebäude im Zuge des Auswahlverfahrens ebenso auf einen Laborausbau geprüft worden seien, wie die Erweiterung eines der bestehenden Labore, um darüber eine Zusammenlegung zu erreichen. Viele Gebäude hätten sich als nicht labortauglich gezeigt bzw. hätte der Umbau mehr gekostet als der nun stattgefundenene Neubau.

Nach Abschluss des Sachstandsberichtes bedankte sich Vorsitzender Dr. Griese und bat um Kenntnisnahme durch die Ausschussmitglieder.

9	Mitteilungen und Anfragen	
---	---------------------------	--

9.1	Bekämpfung der Herkulesstaude	
-----	-------------------------------	--

KVD Zimmermann führte zur Verwaltungsvorlage aus, dass auf die Beantragung der Fördergelder bei der Bezirksregierung noch keine schriftliche Beantwortung erfolgt

5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 25.08.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

sei.

Vorsitzender Dr. Griese verwies auf die schon gefassten Beschlüsse. Erstens sei beschlossen worden, dass die Kreisverwaltung ehrenamtliches Engament begrüße. Zweitens sei beschlossen worden, dass je nach Bescheid der BZ eine Kompromissbereitschaft von Seiten der Kreisverwaltung gegeben sei.

Dezernent Schwarz stellte klar, dass die Position der BZ Köln nach aktuellem Stand nicht positiv sei und die Auszahlung von Fördergeldern nicht in Aussicht stehe. Er gehe davon aus, dass der damals ausgehandelte, aber nicht durchgeführte Kompromiss auch heute noch möglich wäre. Der damalige Ausstieg sei deshalb getätigt worden, weil die BZ für 3 Jahre Fördergelder zur Verfügung stellen wollten, aber von Seiten der Kreisverwaltung ein deutlich längeres finanzielles Engament verlangt habe.

Vorsitzender Dr. Griese schloss ab, dass die schriftliche Antwort von Seiten der BZ abzuwarten sei, um die Begründung zu erhalten. Anschließend könne die Verwaltung tätig werden und im nächsten Ausschuss berichten.

9.2	Gewässerentwicklung an der Sieg	
-----	---------------------------------	--

Auf Nachfrage durch den Vorsitzenden Dr. Griese wurde festgestellt, dass es zu dem Tagesordnungspunkt keinen neuen Sachstand gebe.

9.3	Sonstiges	
-----	-----------	--

Abg. Helmes bat darum, den Link der Landwirtschaftskammer zum Jakobskreuzkraut dem Protokoll beizufügen.

(Hinweis der Schriftführerin: Unter

http://www.landwirtschaftskammer.de/suche_include/results.jsp

sind Informationen zu finden.)

9.3.1	Windenergieplanung der Verbandsgemeinde Unkel	
-------	---	--

Dem Umweltausschuss wurde die Vorlage zur Windenergieplanung der Verbandsgemeinde Unkel am 19.08.2015 per Nachtrag zugesandt. Die negative Stellungnahme von Seiten der Kreisverwaltung bat der Vorsitzende Dr. Griese zur Kenntnis zu nehmen.

9.3.2	Reiterhof in Bornheim - Sicherstellung eines Gebietes als Naturschutzgebiet in Bornheim	
-------	---	--

Der zusätzlich aufgenommene Tagesordnungspunkt betrifft einen Reiterhof in Bornheim, der in einem Gebiet, welches als Naturschutzgebiet ausgewiesen werden soll, neu errichtet werde.

Vorsitzender Dr. Griese stellte kurz die Situation vor und bat die Verwaltung um eine kurze Stellungnahme.

Dezernent Schwarz erklärte, dass die Anfragen der Fraktionen schriftlich beantwortet worden seien. Stand sei, dass der zuständige Bauausschuss der Stadt Bornheim den Reiterhof ablehnen wolle, dies aber von Seiten des Bürgermeisters beanstandet

5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 25.08.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

würde. Die landschaftsrechtlichen Aspekte seien von Seiten der Unteren Landschaftsbehörde abgeschlossen. Der BUND habe angeregt, eine einstweilige Sicherstellung dieses Gebietes als Naturschutzgebiet vorzunehmen. Von Seiten des Kreises werde hierzu weder der Anlass noch die Notwendigkeit gesehen.

Ende des öffentlichen Teils

5. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft am 25.08.2015		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Nichtöffentlicher Teil

10	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Auf Nachfrage des Vorsitzenden Dr. Griese wurden für den Nichtöffentlichen Teil keine Punkte vorgeschlagen.

Dr. Josef Griese
Vorsitzende/r

Regina Neidhardt
stv. Schriftführerin